

## Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,  
ich begrüße Euch zur 229. Montagsdemonstration ganz herzlich.**



*Irene wie immer die zuverlässige Eröffnungsrednerin.*

## **Wirtschaftskrise und kein Ende!**

Ende April haben die führenden bürgerl. Wirtschaftsinstitute ihr Frühjahrsgutachten vorgestellt.

Nachdem sie noch im letzten Jahr von einem lang anhaltenden Wirtschaftsaufschwung träumten, wurde sie von Herbst des vergangenen Jahres ausgebrochene Weltwirtschaftskrise völlig überrascht.

Wochenlang redeten sie die Folgen für die deutsche Wirtschaft klein, um jetzt immerhin einen Konjunkturreinbruch von bisher nie gekanntem Ausmaß zu bemerken.

Seit dem Beginn der Krise werden in Deutschland pro Monat 50 000 Arbeitsplätze vernichtet das sind 1.600 am Tage.

Das wird von den Rechenkünstlern, welche die Statistik erstellen jetzt einfach hoch gerechnet. Und so kommen sie bis Ende 2010 auf die 5 Millionen Marke. Diese Zahl ist schlimm genug.

Bisher wird der rasante Anstieg durch Kurzarbeit gebremst die selbst bei einer Verlängerung auf 24 Monate ausgereizt sein wird.

Genau wie die Statistik schön gerechnet wird, sind andere Angaben der Frühjahrsgutachter. Wachsende Arbeitslosigkeit massenhafte Kurzarbeit erzwungene Lohnsenkungen werden Zeit verzögert, unweigerlich zwei Jahre später in der Sozialkasse niederschlagen.

Krankenkassen, Rentenversicherung sie alle werden drastische Mindereinnahmen haben und das wird auf uns abgewälzt werden durch Leistungsabbau und Beitragserhöhungen.

So plant die (AOK) bereits ihre Ausgaben für Medikamente in den nächsten zwei Jahren um insgesamt eine Milliarde Euro zu senken. Zu diesem Zweck hat die AOK mit Pharmafirmen Rabatte für bestimmte Arzneiwirkstoffe vereinbart.

**Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!**

*Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz*

## Rheinfelder Montagsdemo



Für die fast 25 Millionen AOK-Versicherten bedeutet das, dass sie ab dem 1. Juni in der Apotheke unter Umständen schlechtere Medikamente bekommen als bisher.

Noch den kurz vor der Wahl wurde erstmals seit Jahren eine Rentenerhöhung für 20 Mill. Rentner beschlossen. Jetzt wird bereits diskutiert, dass aufgrund der Anbindung der Renten an die Bruttolöhne ab 2010 massive Rentenkürzungen anstehen

Die Bundesregierung hat den Entwurf einer "Rentenschutzklausel" verabschiedet, die nominale Rentenkürzungen auch im Fall einer sinkender Bruttolohn- und Gehaltssumme verhindern soll.

Diese "Schutzklausel" sollen die Rentner allerdings durch eine Halbierung ihrer Rentenerhöhungen ab dem Jahr 2011 selbst bezahlen.

Was hier als "Schutz" der Rentner ausgegeben wird, ist in Wahrheit nur der Versuch, allzu drastische Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise zeitlich hinauszuzögern, um nicht auch die Rentner massenhaft gegen die Regierung aufzubringen.

Kurz vor der Bundestagswahl bangen die Regierungsparteien um die 20 Millionen Wählerstimmen der Rentner. Darüber hinaus fürchten sie bereits "soziale Unruhen", in denen sich Jung und Alt, Arbeiter, Arbeitslose und Rentner gegen die Abwälzung der Krisenlasten zusammenschließen.

Deshalb versuchen sie auch einen Keil zwischen Rentner und Jüngere zu treiben, wie es der "Rentenexperte" Bernd Raffelhüschen praktiziert, der das jetzige Vorhaben der Regierung als "unfair gegenüber der jüngeren Generation" bezeichnet.

Tatsächlich liegen nicht die Rentner den jüngeren Generationen und Beschäftigten in den Betrieben auf der Tasche, sondern allen zusammen die herrschenden Monopole und ihre Regierung. Sie treiben in der Krise die Umverteilungspolitik zu ihren Gunsten auf die Spitze.

Völlig ungelöst sind die Folgen der immensen Staatsverschuldung für die riesigen Rettungsschirmen für die Banken und Mrd. schweren Konjunkturpakete die vor allem den Monopolen zu gute kommen.

Schon jetzt hat in Deutschland vom Neugeborenen bis zum Greis jeder einen rechnerischen Schuldenberg von 19.250 € zu tragen.

Im nächsten Monat steht die Steuerschätzung an und es wird mir einer Mindereinnahme von 48 Mrd. € für das laufende Jahr gerechnet. (BZ von heute)

Weiter Einbrüche werden folgen. Der Staat als Dienstleister der Monopole riskiert eine galoppierende Inflation und wird alles daran setzen die Schulden über Steuererhöhungen und dramatische Kürzungen bei den Sozialen Leistungen wieder einzutreiben. **Es kann nur eine Zukunft geben wenn Alt und Jung gemeinsam sich gegen diese ganze Umverteilungspolitik zusammen schließen und selber Aktiv werden**

**Die Großkundgebung nach Berlin am Samstag den 16.5. kann ein neuer Anfang werden!**

**Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!**

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz